

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/192

5. Oktober 1972

"Mieten und Bauen" und der moderne Richter

Die Problematik von Garantie und Sozialbindung
des Eigentums

Von Hans Schäfer MdL
Justizminister des Landes Niedersachsen

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Wieder nur Allgemeinplätze

Die CDU-Leitsätze zur Gesundheitspolitik

Von Dr. med. Hans Bardens
Stellv. Vorsitzender des Gesundheitspolitischen
Ausschusses beim SPD-Vorstand

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Grenzen des demokratischen Gastrechts

Zum Verbot palästinensischer Organisationen

Seite 5 / 37 Zeilen

"Corrumpere" heißt auch "verdrehen"

Nachdenkliches zum Fall Dr. Günther Müller-
München

Seite 6 / 31 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heustalle 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhäule 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telefax: 886 846 / 886 847/
886 848 RPP O

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Mieten und Bauen" und der moderne Richter

Die Problematik von Garantie und Sozialbindung des Eigentums

Von Hans Schäfer MdL

Justizminister des Landes Niedersachsen

Die Vielfalt und Komplexität des rechtlichen Überbaus im Bereich des "Mietens und Bauens" entspringt im großen und ganzen sächlichen Erfordernissen und ist nicht zu vermeiden, solange sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht grundlegend ändern. Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß der freie Markt mit seinen selbsttätigen Regulierungsmechanismen die Verteilungsprobleme gerade auf dem Sektor des "Mietens und Bauens" nicht zu lösen vermag. Die Wohnungsknappheit, um nicht zu sagen Wohnungsnot, hat sich als ein säkulares Phänomen erwiesen. Ließe man hier der Privatautonomie freien Lauf, so würde eine unerträgliche Verkümmern der Rechte sozial schwächerer Bevölkerungsschichten und ihre wirtschaftliche Unterdrückung die Folge sein. Das freie Spiel der Kräfte kann nicht funktionieren, wo ein eklatantes Mißverhältnis besteht zwischen Angebot und Bedarf, wenn der Bedarf aus einer unumgänglichen Lebensnotwendigkeit wie dem Wohnen entspringt.

Frühere Bundesregierungen haben den Versuch unternommen, ein freieres Mietrecht einzuführen. Dieser Versuch ist, darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen, gescheitert. Urs bleibt die undankbare und niemals vollständig zu lösende Aufgabe, durch ein System von Reglementierungen und Verboten, Subventionen und steuerlichen Anreizen soviel Gerechtigkeit zu verwirklichen wie uns möglich ist, ohne dabei die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit so weit einzuschränken, daß die unentbehrliche Privatinitiative aus dem Sektor Bauen und Wohnen verbannt wird. Die Mietrechtsreform, die in der laufenden Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet worden ist, war ein entschlossener Schritt auf diesem Wege.

Ganz ähnlich liegt es auf dem Bausektor. Es ist heute geradezu undenkbar, der Baufreiheit, die es übrigens in der Vergangenheit in reiner Form niemals gegeben hat, die Zügel schließen zu lassen und dem Gesetz von Angebot und Nachfrage die Entscheidung darüber anzuvertrauen, wo, was, wann gebaut wird. Schon das derzeit geltende öffentliche Baurecht gestattet sehr weitgehende Einschränkungen der tatsächlichen Nutzungsbefugnis. Das Bauplanungsrecht hat sich in den letzten zehn Jahren zu einer eigenständigen Rechtsmaterie von hohem wissenschaftlichen Feingehalt entwickelt. Dabei ist schon jetzt abzusehen, daß die heute gestrickten Maschen

morgen schon wieder fallen werden, weil neue Aufgaben des Städtebaus neue planungsrechtliche Instrumente fordern. Das Städtebauförderungsgesetz, das nach fast zehnjähriger Diskussion vom jetzigen Bundestag endlich verabschiedet worden ist, wird den Verwaltungsgerichten und den ordentlichen Gerichten noch manche Probleme aufgeben.

Ein weiterer regelungsbedürftiger Komplex wird schon am politischen Horizont sichtbar. Es geht dabei um die Regulierung der Bodenpreise. Der freie Bodenmarkt hat besonders an den Stadträndern Preissteigerungen hervorgebracht, die allgemein als ungerecht und gemeinschädlich angesehen werden. Der Gesetzgeber des Jahres 1960 hat, als er das Bundesbaugesetz verabschiedete, die Möglichkeiten, die dieses Gesetz zu einer Markteinflussung bietet, folgeschwer überschätzt. Heute, nachdem der private Bodenwertzuwachs von der Allgemeinheit mit Milliarden subventioniert worden ist, besteht bei allen Parteien Einigkeit darüber, daß etwas geschehen muß. Ob die anstehende Bodenreform kraftvoll genug sein wird, die bestehenden Mißstände zu beseitigen, und ob sie die Ungerechtigkeiten der derzeitigen Situation ausgleichen kann, wird sich in den nächsten Jahren erweisen. Mit Sicherheit ist abzusehen, daß auch hier wieder eine höchst komplizierte Rechtsmaterie entstehen wird, die den Juristen aller Gerichtszweige zu schaffen machen wird.

Das Aufgabengebiet jedes einzelnen Richters wird sich stets auf einen Teilbereich beschränken. Ein Blick für das ganze Rechtsgesamtheit, das durch das Thema "Mieten und Bauen" umrissen wird, ist jedoch unabdingbar, wenn man die vom Gesetzgeber vorgezeichneten Lösungen konsequent weiterdenken und damit zu einer richtigen Anwendung der Gesetze gelangen will. Dieser Blick sollte auch politische Aspekte mit umfassen. Gesetze entstehen im politischen Raum. Ihre Anwendung ist - wenn auch in einem weiteren Sinne dieses Wortes - politisches Handeln.

Wer als Zivilrichter über Enteignungsentschädigungen entscheidet, darf die Rückwirkungen seiner Rechtsprechung auf die Anfechtbarkeit der Eingriffsakte nicht übersehen; wer das moderne Mietrecht anwendet, darf die Wohngeldregelung nicht ignorieren. Wer sich über die in der Verfassung vorgezeichnete Grenzlinie zwischen Eigentumsgarantie und Sozialbindung des Eigentums den Kopf zerbricht, muß Klarheit darüber gewinnen, welche Anforderungen die Allgemeinheit an das Bodeneigentum unter den sich wandelnden Verhältnissen unserer Zeit stellen kann.

(-Ex/5.10.1972/Ks)

Wieder nur Allgemeinplätze

Die CDU-Leitsätze zur Gesundheitspolitik

Von Dr. med. Hans Bardens
Stellv. Vorsitzender des Gesundheitspolitischen
Ausschusses beim SPD-Vorstand

Die Vorstellungen der CDU zur Gesundheitspolitik, die kürzlich veröffentlicht worden sind, setzen eine alte, sattnam bekannte Tradition fort. Sie bieten Allgemeinplätze en gros und en detail und sonst nicht viel mehr. Neue Gedanken werden nur selten aufgezeigt und wenn, dann sind sie aus den Leitsätzen der SPD entnommen und abgeschrieben worden. "Wir haben Mut zur Reform", heißt es in dem CDU-Papier. In der Tat, es gehört schon ein fast bewundernswürdiger Mut zu dem Wagnis, solche Vorstellungen der Öffentlichkeit als Reformen anzubieten.

Beleuchtet man dieses Papier einmal näher, so findet man einige bemerkenswerte Sentenzen. Zum Beispiel steht da der Satz: "Die CDU kann der Aufgabe, klarzustellen, wie sie sich von der SPD unterscheidet, auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik nur in Grenzen nachkommen". Bemerkenswert für eine Partei, die sonst stets von sich behauptet, Alternativen, ja sogar bessere Alternativen zu bieten. Aber dieser Satz täuscht nicht nicht! Im folgenden findet man nämlich an zahlreichen Stellen die beinahe wörtliche Übernahme aus Passagen der gesundheitspolitischen Leitsätze der SPD. Aber auch hier gilt die Binsenweisheit, daß die Kopie selten die Qualität des Originals erreicht.

Abgeschrieben wurde besonders im Unterpunkt "Krankenhaus". Da heißt es zum Beispiel in den SPD-Leitsätzen: "Maßstab für eine sachgemäße Versorgung darf nur die Art und Schwere seiner (des Patienten) Krankheit, nicht aber seine wirtschaftliche und soziale Stellung sein". Im CDU-Papier heißt es: "Die Krankenhausbehandlung jedes einzelnen Patienten muß sich an der Art seiner Erkrankung und damit an seinem individuellen Bedarf an Kranken-

hausleistungen unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage orientieren". Und so ließe sich die Reihe der beinahe wörtlich übernommenen Passagen fortsetzen.

Reformen werden so gut wie nicht angeboten:

Die Klassenstruktur des Krankenhauses bleibt erhalten,
die Privatliquidation im Krankenhaus soll ausgedehnt werden,
die Krankenhausärztliche Vereinigung wird angedeutet,
nach neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus
und freipraktizierenden Ärzten wird nicht gesucht,
vor "falschen Demokratietendenzen" wird gewarnt,
und so weiter und so weiter.

Erwähnen sollte man noch einige denkwürdige Vorschläge. Die Rauschmittelabhängigkeit soll mit Sport - als "wirkungsvollstes Mittel bei Jugendlichen" - bekämpft werden. Man könnte sich be- lustigt an die ehrwürdigen Zeiten der "Hand-über-die-Bettdecke- Ideologien" erinnern, käme in diesem Satz nicht ein widerwärtiger Zynismus zum Ausdruck.

Ein weiterer erstaunlicher Satz im Zusammenhang mit der Ver- antwortung für das Gesundheitswesen: "Der Staat sollte eigene Leistungen nur solange und insoweit erbringen, wie sie nicht von Dritten erbracht werden können". Auch hier wieder wie überall Subsidiaritätsideologie am falschen Platze.

Bewertet man das CDU-Papier abschließend, so kann man ge- tröst feststellen: "Abgeschrieben, trotzdem mangelhaft!"

(-/ex/5.10.1972/ks)

+ + +

Grenzen des demokratischen Gastrechtes

Zum Verbot palästinensischer Organisationen

Überzeugende Beweise standen dem Bundesinnenminister und den Länderministern zur Verfügung, als sie sich entschlossen, die "Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA)" und die "Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS)" aufzulösen. Aus den Reihen dieser Organisationen waren, darauf deutet vieles hin, weitere Terroraktionen zu befürchten. Keine Regierung kann zulassen, daß auf dem Boden ihres Landes blutige Feden ausgetragen werden, die ihre Ursachen in anderen Ländern haben. So wurde bei einem Araber kürzlich in seiner Wohnung fünf Sender gefunden, die zu Höllenmaschinen umgebaut werden konnten. Beide Organisationen arbeiteten konspirativ und geheim, sie scheuten das Tageslicht und billigten den politischen Mord. Von Funktionären der GUPA liegt eine Aufforderung an ihre Mitbürger vor, sich auf einen "harten Kampf" mit der deutschen Polizei vorzubereiten. Das kann man nicht auf die leichte Schulter nehmen. München und Fürstenfeldbruck zeigen, welch entschlossen fanatischer Wille hinter solchen Absichten steht.

Die Gebote der inneren Sicherheit verlangten hier ein rasches und entschlossenes Zugreifen. Übrigens bedeutet die Auflösung beider Organisationen keine allgemeine Ausweisung ihrer Mitglieder. Da wird Spreu vom Weizen zu sondern sein. Die Mehrzahl jener palästinensischer Studenten, die nach dem Juni-Krieg 1967 in die Bundesrepublik gekommen waren und hier Stipendien bekommen, hält sich an die Gesetze unseres Staates und konzentriert sich auf den Fortgang ihres Studiums: Sie verabscheut den Terror.

Es mag paradox erscheinen, ist es aber nicht, daß gleichzeitig mit der Auflösung beider Organisationen eine Einreise-Erleichterung für Araber erfolgte. Ausgestattet mit einem ordentlichen Visum unterliegen sie nicht mehr zermürbenden, mit strenger Kontrolle verbundenen Wartezeiten. Angehörige arabischer Staaten, die unser Land besuchen, hier arbeiten und studieren wollen, sind bei uns willkommen. Sie finden vielfach Freundschaft und Wertschätzung. Das Gastrecht wird und muß aber dort eine Grenze finden, wo versucht wird, den guten Ruf, das Ansehen und die innere Sicherheit des Gastlandes durch Gewaltaktionen zu gefährden. So wird es wohl auch von der überwiegenden Mehrzahl der in der Bundesrepublik lebenden Araber verstanden. (do/ex/5.10.1972/ks)

"Corrumpere" heißt auch "verdrehen"

Nachdrückliches zum Fall Dr. Günther Müller-München

Die Bemerkung von Bundeskanzler Willy Brandt in seinem Brief an den Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel, die sich auf Dr. Günther Müller - jetzt CSU, früher "Soziale Demokraten 72", noch früher SPD - bezog, scheint so sehr gegessen zu haben, daß der Betroffene beginnt, die nachprüf-
baren Fakten zu verändern.

In einer Fernseh-"Magazin"-Sendung vom Mittwochabend behauptete er z.B. wörtlich: "Ich habe meine Meinung auch nicht in der Art und Weise geändert, daß ich von einer Partei zur anderen gegangen bin, sondern die SPD in Süd-Bayern hat mich im Mai ausgeschlossen... Ich habe dann versucht, mit Freunden aus der SPD und Parteilosern in einer Wählergruppe eine Alternative anzubieten bei den Münchner Kommunalwahlen - was nur zum Teil gelungen ist - ...". Müller versucht also, die Entwicklung so darzustellen, als ob er erst dann seine Wählergruppe gebildet hätte, als er aus der SPD ausgeschlossen war. Wahr ist jedoch das Gegenteil: Dr. Günther Müller hat sich nach § 6 des Organisationsstatuts der SPD selbst ausgeschlossen, als er einer Aufforderung der SPD Süd-Bayerns, seine Kandidatur für diese obskure Wahlvereinigung zurückzuziehen, nicht nachkam. Die Reihenfolge ist also in Wahrheit genau umgekehrt. Erst Gründung der Vereinigung, dann Ausschluß.

Der Grund für diese offensichtliche Unwahrheit liegt auf der Hand. Dr. Müller selbst scheint nicht zu glauben, daß er sich vom Vorwurf des "Vorfalls politischer Sitten" reinwaschen kann, wenn er bei der Wahrheit bleibt. Dies Verhalten politische Korruption zu nennen, scheint keineswegs unberechtigt, wenn man sich an die ursprüngliche Bedeutung des lateinischen Wortes "corrumpere" erinnert: Neben "bestechen" bedeutet es auch "herunterkommen", "verfälschen", "fälschen" und "verdrehen".

Im Übrigen: Bisher hat Dr. Günther Müller noch keine plausible Erklärung dafür liefern können, woher er die 450.000 DM für seinen Münchner Kommunalwahlkampf erhalten hat. Vieles deutet darauf hin, daß die CSU ihn unterstützt hat. Die interessierte Öffentlichkeit wartet auch hier immer noch auf Aufklärung.

Dr. Uwe Janssen
(-/ex/5.10.1972/bgy)

+ * *